

Laibacher Zeitung.

Nr. 247.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 26. October

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2m. 80 kr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 h.

1867.

Amtlicher Theil.

Das Ministerium für Cultus und Unterricht hat eine am Gymnasium zu Görz erledigte Lehrstelle dem gewesenen Gymnasialprofessor zu Triest Anton Klobič verliehen.

Der Justizminister hat die bei dem Kreisgerichte in Iglau erledigte Landesgerichtsrathsstelle dem daselbst in Verwendung stehenden Landesgerichtsrathe Ferdinand Prokisch verliehen, den Rentitscheiner Kreisgerichtsrath Joseph Kienek über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft zu dem Kreisgerichte in Iglau übersezt und den Staatsanwalts-Substituten Rudolf Studeny so wie den Rathsecretär Julius Schenk zu Kreisgerichtsräthen in Rentitschein ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 25. October.

Ueber die bisherigen Verhandlungen des ungarischen Reichstags in der Ausgleichsfrage gibt uns die „Pester Correspondenz“ einen eingehenden Bericht von einem hervorragenden Mitgliede der Rechten, aus welchem wir mit Befriedigung ersehen, daß diese wichtige Frage trotz aller Hemmnisse im ministeriellen Sinne erledigt werden wird. Der Bericht lautet:

Seit drei Tagen verhandeln die neun Reichstags-Sectionen die drei Gesetzentwürfe des Ministeriums betreffs der Quote, Staatsschulden und des Handels- und indirecten Steuervertrages. Das Verfahren der Mitglieder von der Linken ist in jeder Section dasselbe; die Discussion lebhaft und interessant nur in denjenigen Sectionen, wo von einer und der anderen Seite tüchtige Wortführer ihre Ideen austauschen und bekämpfen. So in der ersten Section, welche, unter Vorsitz des Anton Esengery, Herrn Coloman Ghyczy bekämpft; in der sechsten Section, wo unter Vorsitz Josef Jusch's der Wortführer der Linken Baron Ludwig Simonji von Franz Deak widerlegt wird, und in der siebenten Section, wo unter Vorsitz E. Jelenyi's gegen Coloman Tiesza und Paul Sponthagh Minister Gorove und Franz Pulszky kämpfen. Die zweite Section, wo Paul Nyary die Mitglieder langweilt, trägt stillschweigend die Last seiner vielen Anträge und stimmt gegen dieselben.

Ueberall motivirte die Linke zuerst den Antrag der Vertagung bis zu jenem Zeitpunkte, wo der österreichische Reichsrath alle Bedingungen des 12. Artikels 1867 erfüllt, also die Delegation angenommen und ein parlamentarisches Ministerium installiert haben wird, mit den §§ 18, 25, 54 des 12. Artikels. Zu ihrer Beruhigung beantragte die Deakpartei die in einem besonderen Paragraph einzuschaltende Verfügung, daß die jetzigen Gesetzkartikel nur dann in's Leben treten können, wenn alle Bedingungen des 12. Gesetzkartikels erfüllt sein werden. Indem jedoch die Linke auch bei dieser Verfügung die landtägliche Verhandlung für eine vorzeitige erklärte, wurde die Frage durch Abstimmung im Sinne der Deakpartei entschieden, nur die neunte Section unter Vorsitz von Bonis stimmte dafür, daß die gegenwärtigen Artikel bis dahin der königlichen Sanction nicht unterbreitet werden können. — Hierauf protestirte die Linke gegen die Annahme von 30 pCt. bei der Betheiligung an den aus der pragmatischen Sanction fließenden gemeinschaftlichen Kosten, und beantragte eine Weisung an das Ministerium, die bezüglichen Daten näher zu studiren, da die bisherigen keinen sicheren Anhalt bieten. In der Minorität verbleibend, trug sie bei der Specialdebatte darauf an, die Quote auf 28⁵²/₁₀₀ pCt. herabzusetzen und die Dauer des Vertrages auf drei Jahre zu beschränken. Die Majorität erklärte sich in acht Sectionen dagegen, und so kam aus den Sectionsdebatten der Ministerialentwurf in Betreff der Quote mit heiler Haut heraus.

In diesem Augenblicke wird von der Linken gegen den Staatsschulden-Gesetzentwurf Sturm gelaufen, und in der fünften und achten Section ist auch dieser Entwurf schon angenommen. Nachdem der Antrag, jede Verhandlung zu vertagen, bis das Ministerium nicht ausweise, was von den Staatseinkünften zur Bestreitung der Zinsen für Staatsschulden übrig bleibe — verworfen wurde, stellte die Linke überall den Antrag, daß vor allem eine Aversional-Summe als Zuschuß Ungarns zur Zinsenzahlung bestimmt werde, hiebei zuerst die Kosten der Verwaltung, dann die für eine bessere Volkserziehung und für Straßen und Eisenbahnen nöthigen Kosten abgezogen werden mögen — und was noch hienach von den ungarischen Staatseinkünften verbleiben würde, wäre als obige Aversional-Summe zu bezeichnen. Dieser Vorschlag wäre wohl überall als ein unschuldiger Scherz mit Heiterkeit aufgenommen worden, nachdem jedoch die Antragssteller zugleich von Besteuerung der Coupons und der Reduction der Zinsen als unumgänglichen Hilfs-

mitteln sprachen, gaben einige Mitglieder der Regierung zu bedenken, daß, nachdem gegen zwei Milliarden der Staatsschuld in österreichischen Händen sind, daher die im Reichsrathe repräsentirten Völker ihre Vertreter nie und nimmer zu einem Staatsbankrott bevollmächtigen würden, Ungarn, wo vielleicht nicht 30 Millionen von der Staatsschuld eingebürgert sind, durchaus nicht berechtigt sei, so drastische Mittel anzurathen; die Regierung leugne nicht, daß Ungarn nach diesem Vertrag mehr zahlen werde als früher und gleich in den ersten Jahren mit über vier Millionen im Deficit sein wird, aber den unberechenbaren Vortheil sich verschaffe, endlich unabhängig von der bisherigen österreichischen Finanzwirtschaft sein Hauswesen nach gesunden Principien ordnen zu können. Wie schon in Privatconferenzen der Finanzminister, so stellten auch andere in den Sectionen das Budget der Ausgaben für Ungarn beiläufig folgendermaßen: Das gemeinschaftliche Kriegsbudget sei wahrscheinlich 80 Millionen, für auswärtige Angelegenheiten 4, Pensionen in dieser Branche 1, die Aushilfe für den Triester Lloyd 2 Millionen, also zusammen 87 Millionen; davon bestreiten die Zölle 11 Millionen, bleiben 76, davon 30 pCt. 23 Millionen; Verwaltungs-Kosten der ungarischen Länder 17, Finanzregie extra 5, Civilpensionen 2¹/₂, oberste ungarische Rechnungsbehörde ¹/₂, königliche Civilliste 3 Millionen, die Zinsen und Tilgung der Staatsschuld 30,250.000 fl., und da 12 Millionen in Silber zu zahlen kommen, für Agio 3 Millionen — machen die jährlichen Ausgaben in den Ländern der ungarischen Krone 84,250.000 fl. oder um 4¹/₄ Millionen mehr als bisher.

Zur Deckung dieses Deficits werde keine Steuererhöhung, welche ohnehin unmöglich wäre, sondern im § 5 Vermehrung der Staatsnoten vorgeschlagen, indessen könne man die sichere Hoffnung hegen, daß wenn die indirecten Steuern sammt dem Salzwesen in Ungarn von tüchtigeren Händen als bisher verwaltet werden, der Einfluß der Volksrepräsentanten hier und über der Leitha sich auf die Regelung der verschiedenen Verzehrungssteuern wirksam erstrecken wird, diese Einnahme von den indirecten Steuern sich bald bedeutend vermehren muß. — Diese und ähnliche Begründungen konnten die Sprecher der Linken nicht von ihrem Antrage abbringen, nach welchem sie den Text des Ministerialentwurfes für ungeeignet zur Specialdebatte erklären wollten, daher Abstimmungen entscheiden mußten, die mit bedeutender Mehrheit die Specialdebatte auf Grund des Ministerialent-

Feuilleton.

Wippacher Canserien.

Wippach, Mitte October.

(Zum letzten male — Weinfrage — St. Veiter Witz — Wasser und Brücken — Eine alte Inschrift — Abschied von Wippach.)

A. J. Noch einmal, zum letzten male, ergreift der Wippacher Canseur die Feder, um sie dann einem andern zu übergeben, wenn sich übrigens überhaupt ein Competent für diese „einträgliche“ Stelle meldet. Da er sich wenigstens von Einer Seite einer ununterbrochenen Aufnahme zu erfreuen hatte, so würde er durch ein solches „Verdrüßten“ sich einen Verstoß gegen den Ausland zu Schulden kommen lassen; zudem hat er einen für das Wippacher Thal epochemachenden Zeitraum hinter sich, der ihn der Mühe überhebt, seine Phantasie allzu sehr anzustrengen.

Ja es war dies eine Zeit, in der selbst wichtige Begebenheiten und Projecte aus dem politischen Felde, wie Ministerreisen, Concordats-, Ausgleichs- und Nationalitätenfragen, dem Wippacher „Witz“ waren, geht doch die Sage, daß sogar einige Russophilen aus der russischen Grammatik mehreres nachzuholen haben. Mit einem Worte, der Wippacher las nur — Trauben und sein ganzes Sinnen und Trachten galt der Constitution der — Keller. Damit wollen wir jedoch nicht etwaige Neuerungen auf diesem Gebiete verzeichnen; der Wippacher hält fest an der alten Tradition; was seine Vorfahren thaten, ist ihm heilig, selbst wenn er einseht, daß es schlecht ist. Jede neuere Methode bei der Weinmanipulation und Kellerwirtschaft ist ihm ein Gräuel, und wenn es jemand wagt, ihm eine solche zu erklären, so wird er als „Luther“ auf dem Gebiete des Weines angesehen und mit gebührender Entrüstung behandelt. Deshalb scheint das neuerdings aufgestellte Problem, ob sich aus den Wippacher Trauben Weine erzeugen ließen, die wenigstens anderwärts haltbar wären, noch lange keiner Lösung entgegen zu sehen. Einige Gutsbesitzer geben sich zwar lobenswerthe Mühe, die gegenwärtig noch auf einer

sehr niederen Stufe stehende Weincultur zu heben, allein das Volk hält am alten Schlenbrian fest, daher bleibt eine allgemeine Verbesserung vorläufig noch ein frommer Wunsch.

Und doch, was für herrliche Trauben hingen heuer an den Weinstöcken! Hatte auch die Krankheit mitunter deutliche Spuren hinterlassen, die anfangs sehr reducirten Hoffnungen wurden durch den Erfolg doch übertroffen. Und was für ein herrliches Product lieferte die Weinlese! Jetzt schon hört man marktschreiernde Loblieder auf allen Straßen, die begeisterte Jugend setzt alle Sonntage herrliche Spectakelfeste in Scene, und zwar mit solchem Erfolge, daß Tags darauf die Kneipen des k. k. Bezirksgerichtes von „Gezeichneten“ förmlich gekürrt werden. Wenn das schon der Most bewirkt, was läßt sich erst vom Weine erwarten? Es geht alles genau so, wie voriges Jahr um die Zeit; Reisende, die einen Civilrock anhaben, werden gezeichnet, so daß es nachgerade gemüthlich zu werden beginnt. — Bekanntlich hatte im heurigen Fasching die famose St. Veiter Jugend den höchst würdigen Einsall, bei Gelegenheit eines von der haute volée des Thales veranstalteten Balles alle mit Leder überzogenen Equipagen zu zerschneiden. Doch die Rache ruhet nicht ewig; zwar „sigt“ noch keiner der Fresser — wegen der äußerst complicirten Untersuchung, aber es passirte ihnen kürzlich gerade das, was sie andern gethan. Sie machten sich nämlich einen guten Tag und fuhrn zahlreich nach einer nahen Ortschaft, um den dortigen Genrigen zu kosten. Während sie zwar nicht sehr still, aber doch gemüthlich beisammen saßen, machte sich ein Spatzvogel den Zug, das ganze Geschieb der Pferde in Stücke zu schneiden, accurat, wie sie es feinerzeit gethan. Sie können sich die Ueberraschung denken, welche die nun sattem illuminierten Burtschen empfanden, als sie das fatale fait accompli gewahrten. Das Localbath klärt darüber nicht auf, ob das Corps den Rückweg als Frachtsüß oder als Gespann machte; jedenfalls ist es jedoch zu vermuthen, daß es die „Equipagen“ nicht im Feindeslager ließ.

Seit einiger Zeit ist das hiesige geistliche Leben thatsächlich auf dem „Pund“, d. h. man unternimmt in Gesellschaft dieses nützlichen Hausstieres entweder Razzia's auf Wild oder amüsiert sich zu Hause mit ihm, denn sonstige gesellschaftliche Zusammenkünfte scheinen aus der Mode gekommen zu sein, seltene Fälle

ausgenommen, wenn sich etwa durchziehende Musikbänden um Geld sehen oder hören lassen. Unter solchen Umständen ist bei halbwegs günstiger Witterung ein freilich sehr beschränkter Spaziergang ins Freie das einzige Mittel, sich zu zerstreuen, wenn nämlich das — Wasser nichts dagegen hat. Dieses nützliche Element wurde uns in neuester Zeit in so reichlichem Maße zu Theil, daß die „untere Stadt“ den Anblick Venedigs darbot und fast nur mit Rähnen passirbar war. Glücklicherweise verlor es sich bald wieder, nur die Wiesengründe blieben länger in einen See verwandelt, so daß die bogenförmigen Brücken das eigentliche Bett des Flusses ersichtlich machten. Auf einer dieser Brücken prangt folgende in „classischen“ Reimen verfaßte Inschrift, welche wir mit Beibehaltung der eigenthümlichen Orthographie wiedergeben:

Jmenitni Mojsler Ant. Trost
Je stura ta terdni most,
Skusi shpeshe Komuna Slapushkiga
Jenu pomozh Gr. Jpavskiga
Gospoda Tadaeusa Lanthiria
De vsak bres skrbi zhes diria.
Tudi Gr. Cobenzel je dau
H temu delo en dober mau;
Gospud Skaria ien Tersani,
Posebnu iz dellam Loshani
So pomagali h temu mosti,
Buch ga obdershi leit dosti!
1803.

Da wir die gründliche Kenntniß der slovenischen Sprache, wenigstens der hier vorgeführten, bei unsern Lesern voraussetzen, so halten wir eine ebenso „classische“ Uebersetzung für keineswegs gerathen und wollen uns einer Kritik von Seite unserer scharfsinnigen Leserinnen nicht aussetzen.

Der Wippacher Canseur läuft jedoch Gefahr, durch seine zum Plaudern besonders aufgelegte Stimmung langweilig zu werden oder die Post zu veräumen, und möchte dies um so eher vermeiden, als er sie zum letzten male in Anspruch nimmt. Seine Tage, ja Stunden sind gezählt, er stirbt, vielleicht zu großer Herzenserleichterung und zu geheimer Freude jener, an denen er seine Feder gespißt. Das Wippacher Thal athmet wieder auf, befreit von dem Alp, der auf ihm gelegen. Ob der Wippacher Canseur wohl von jemandem vermisst werden wird?

wurfes auf die Tagesordnung setzten. Nun folgen also die Berathungen über die einzelnen Paragraphen.

Von der Reise Sr. Majestät des Kaisers und den ihm in Frankreich gebrachten Ovationen gibt uns der Telegraph fortgesetzt Kunde; als das Bedeutsamste erscheinen uns aber die Worte, mit denen der „Constitutionnel“ das Ereigniß begrüßt. Er sagt: Der Kaiser von Oesterreich ist nun Kaiser Napoleons und Frankreichs Gast; den französischen Boden betretend konnte der Kaiser von Oesterreich sehen, daß er ein befreundetes Land betrat, Straßburg, Nancy bereiteten ihm den herzlichsten, ehrerbietigsten Empfang; in Nancy fand der erlauchte Sprosse Habsburgs rührende Familien-Erinnerungen, in den Acclamationen einer unermesslichen Volksmenge in Paris lag ebenso die Theilnahme für die Trauer, welche das österreichische Kaiserhaus jüngst getroffen, als die Gesinnung für einen Souverain, der das glorreiche Regenerationswerk seines Landes durch nützliche Reformen und eine weise Freiheit muthig unternommen und entschlossen verfolgt.

13. Sitzung des Herrenhauses

vom 22. October.

Durch den Raum, welchen die hochwichtige Concordatsdebatte im Abgeordnetenhaus in Anspruch genommen hat, wird es nicht möglich, die Verhandlung des Herrenhauses in der obigen Sitzung im Detail zu bringen. Wir verzeichnen daher im Nachstehenden das Ergebnis:

Das Wehrgesetz wurde conform mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses genehmigt. Aus der Debatte sei bemerkt, daß Herr von Schmerling für die Aufhebung des Loskaufes, und für die Einführung der Freiwilligeninstitution sprach, und daß Se. Excellenz der Kriegsminister erklärte, die definitive Ordnung der Wehrverhältnisse sei erst nach dem Abschluß des Ausgleichs mit Ungarn möglich.

Das Gesetz über die Aufhebung der ab instantia-Freisprechungen wurde unverändert genehmigt, die Strafnovelle, bei welcher die Fürsten Sanguszko und Jablonowski vom Standpunkte Galiziens Bedenken wegen allzu milder Behandlung der Sträflinge erhoben, mit einer einzigen Aenderung. Es ist nämlich § 5 aufgehoben, welcher dem Gerichtshofe jeder Instanz das Befugniß einräumt, in Fällen, für welche im Gesetze die Todesstrafe angedroht ist, bei dem Vorhandensein wichtiger Milderungsumstände, anstatt der Todesstrafe auf lebenslange oder zeitliche schwere Kerkerstrafe in der Dauer von mehr als zehn Jahren zu erkennen.

42. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 23. October.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz der Herr Minister Graf Taaffe.

Präsident Dr. Wiskra eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 45 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen. (Darunter befinden sich 5 Petitionen um Aufhebung des Concordats.)

Die Debatte über das Ehegesetz wird fortgesetzt.

Referent Sturm nimmt das Schlußwort, indem er zunächst auf die früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses hinweist, welche dahin gingen, daß das Concordat als nicht rechtsbeständig erkannt werde. Gegen Mühlfeld bemerkt der Redner, daß der confessionelle Ausschuß sich an die ihm vom Hause gestellte Aufgabe halten mußte. Diese aber ging dahin, daß das bürgerliche Gesetzbuch in Anbetracht der Ehe wieder hergestellt werde. Ueber diese Aufgabe konnte der Ausschuß, wie sehr er auch den Principien Mühlfeld's zustimmte, nicht hinausgehen, wohl aber stellte er den Antrag, ihn mit der Vorlage eines neuen Ehegesetzes zu beauftragen, welches diese Principien ins Leben führen würde.

Für den Ausschuß galt daher keineswegs nur die Opportunität, wenn er in erste Linie stellte, daß das Concordat beseitigt und aufgehoben werde. Die Civilehe wird im neuen Ehegesetze ihren Platz finden. Die Noth-Civilehe muß als Uebergangsbestimmung eingeführt werden, um den Widerstand zu brechen, der vom Episcopat der Wiedereinführung des bürgerl. Gesetzbuches entgegen gesetzt wird.

Wenn man auf Vorlagen der Regierung warten wollte, dann hätte der Clerus gewiß einen sehr erwünschten Vorsprung, und deshalb muß man daran gehen, ohne Rücksicht auf das Concordat die Hauptübelstände sofort zu beseitigen. Deshalb wollen wir, ruft der Redner, unbeugsam gegen den Feind, einig unter einander sein. Die geistlichen Herren stellten als Hauptsatz hin, daß die nicht rein kirchliche Ehe ein Concubinat sei, und damit haben sie wohl das Kind mit dem Bade verschüttet, da doch die Ehe so lange in dem katholischen Oesterreich nach dem bürgerlichen Rechte geregelt wurde.

Die angeblichen Vorzüge des canonischen Rechtes wurden bereits ins genügende Licht gestellt, aber auf den obersten Grundsatz desselben müsse noch hingewiesen werden, und dieser sei: Der Erzbischof kann alles! Das materielle wie das formelle Recht ist, wie der Redner nachweist, nichts, als die Willkür der Geistlichkeit.

Die Gegner zählten eine Reihe von Ländern auf, in denen das canonische Recht gelte, und wiesen namentlich auf Ungarn hin, das als gelobtes Land des canonischen Rechtes gepriesen wird. Und doch vergaß man, daß dort bereits der Minister ein Gesetz vorbereitet, durch welches die facultative Civilehe eingeführt werden soll.

Man hat gesagt, die Gegner des canonischen Rechtes seien keine guten Katholiken. Das Verdienst des Schlabus ist es nicht, daß es noch solche gibt. Man hat auch allerhand Drohungen erhoben. Diese schrecken aber nicht. Bei einer früheren Gelegenheit wurde gesagt, es seien 25 Millionen Katholiken für das Concordat, nun 25 Millionen sind nicht gekommen, sondern nur Fünfundzwanzig. (Große Heiterkeit.) Und wenn diese Petitionen kommen sollten, dann sind es nicht die der Gemeindevertretungen, der berechtigten Vertreter, sondern gepreßte Unterschriften von Weibern und Kindern. — (Großer Beifall.) Redner schildert nun die Agitation der Clericalen in Mähren, welche sich namentlich dadurch charakterisirt, daß man den Weibern sagt, die Männer sollen das Recht erhalten, jüngere und schönere Frauen zu nehmen. (Große Heiterkeit.)

Sturm ruft den Clericalen zu, ihre Uhr sei abgelaufen für immer. (Greuter: So! Die Linke: Ja wohl. Greuter: Bravo! Große Heiterkeit.) Nicht die Majorität wolle den Papst zu einer fremden Macht machen, sondern die Clericalen haben dies gemacht. Geben Sie, sagt der Redner, dem Kaiser, was des Kaisers ist, damit er uns gebe, was unser ist. (Großer Beifall.) Der Regierung aber sage ich, sie möge den abschüssigen Weg nicht von unten hinauf, sondern von oben herab gehen, denn auch wir haben unser: Non possumus. (Großer Beifall.)

Die Specialdebatte wird eröffnet. Die Einleitung lautet:

„Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde ich das folgende Gesetz zu erlassen, wodurch die Vorschriften des 2. Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches über das Eherecht für Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschließung vor weltlichen Behörden eingeführt werden.“

Diese Einleitung wird mit großer Majorität angenommen. (Dafür die ganze Linke, das Centrum und alle Polen, mit Ausnahme der Geistlichen, die Bukowiner und mehrere Slovenen, dagegen etwa zehn Stimmen.)

Art. 1 lautet:

„Das unter Berufung auf das Patent vom 5. November 1855, R. G. Bl. Nr. 195, erlassene und mit 1. Jänner 1857 zur Wirksamkeit gelangte kaiserl. Patent vom 4. October 1856, R. G. Bl. Nr. 185, mit dem diesem Patente als erster Anhang beigegebenen Gesetze über die Eheangelegenheiten der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich, sowie dem weiters beigegebenen und in dem Gesetze selbst bezogenen zweiten Anhang: „Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthumes Oesterreich in Betreff der Ehesachen“ sind für die Königreiche und Länder, für welche das gegenwärtige Gesetz erlassen wird, außer Kraft gesetzt.“

An die Stelle dieser aufgehobenen Gesetze treten auch für Katholiken die Vorschriften des von dem Eherechte handelnden zweiten Hauptstückes des a. b. G. B. vom 1. Juni 1811 und der hiezu nachträglich erlassenen Gesetze und Verordnungen, in soweit dieselben zur Zeit, als das Patent vom 8. October 1856, R. G. Bl. Nr. 185, in Kraft trat, bestanden haben und durch das gegenwärtige Gesetz nicht abgeändert werden.“

Derselbe wird mit derselben Majorität genehmigt. Damit ist die Concordatsfrage erledigt.

Art. 2 lautet:

„Wenn einer der nach den Vorschriften des a. b. G. B. zum Aufgebote der Ehe berufenen Selsorger die Vornahme des Aufgebotes, oder einer von den zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung berufenen Seelsorgern, welcher von den Brautleuten des halb angegangen wurde, die Vornahme des Aufgebotes oder die Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung zur Ehe aus einem durch die Gesetzgebung des Staates nicht anerkannten Hinderungsgrunde verweigert, so steht es den Brautleuten frei, das Aufgebot ihrer Ehe durch die weltliche Behörde zu veranlassen und die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe vor dieser Behörde abzugeben.“

Es folgen dann 11 Paragraphen über den Vollzug dieser Bestimmung über die Noth-Civilehe.

Als Redner gegen diesen Artikel sind eingetragen: Leonardi (Südtirol) und Peter Groß (Pole). Für denselben Schneider (Superintendent) und Hanisch.

Leonardi meint, es liege in diesem Grundsatz ein Eingriff in die Rechte der katholischen Religion.

Abg. Schneider erklärt, er halte sich nunmehr verpflichtet, in die Debatte einzugreifen, da dieser Artikel nicht bloß die katholischen Eheverwerber betreffe, sondern nach dem gegenwärtigen Stande zumal jene Eheschließungen, bei denen der eine Theil dem protestantischen Religionsbekenntnisse angehört.

Gegen Mühlfeld bemerkt Redner, er habe durchaus nicht die Beforgniß, daß die aus der Nothcivilehe hervorgehenden Verbindungen dem Gespötte preisgegeben wären. Die Nothcivilehe sei ein dringendes Aushilfs-

mittel für gemischte Ehen, damit die Gewissen wieder frei und die Gleichberechtigung einigermaßen eine Wahrheit werde.

Redner weist dies nach. Die katholische Religion perhorrescirt die gemischte Ehe, die protestantische nimmt sie an, wenn sie den Herzen nicht Gewalt antut. Die eheliche Verbindung ist der evangelischen Religion ein wahrer Herzens- und Seelenbund, und deshalb ist wohl zu wünschen, daß beide Theile in der religiösen Ueberzeugung einig seien, zumal wenn mancherlei Variationen dazutreten.

Solche finden aber in der That statt, die katholische Kirche verlangt namentlich Revers, daß alle aus gemischten Ehen hervorgehenden Kinder Katholiken werden müssen. Wenn die Adresse der Bischöfe sagte, das Concordat habe in den interconfessionellen Verhältnissen gar nichts geändert und ebenso in der Kindererziehung, so ist dies nicht richtig.

Man drängte sogar hinter die Toleranzzeit die Protestanten zurück, das Reverswesen steht bei der großen Macht der katholischen Kirche in vollster Blüthe, der auch die weltliche Macht allen Beistand leistet. Wohin sollten sich die Protestanten wenden? Nach Rom? Dort finden sie ihr Recht nicht. Bei der Regierung? Die leistete keinen Beistand.

Redner stellt unter großem Beifalle dar, wie vor der Schließung der Ehe auf die Eheleute eingestürmt wird, um die Ehe unmöglich zu machen und zu erschweren, und wie in dieser Zeit Thränen erpreßt werden. Die Noth-Civilehe ist also eine notwendige Uebergangsbestimmung.

Man vermische nur nicht die ewigen Sätze der Religion mit später erst getroffenen Satzungen! Auch er sei für die kirchliche Weihe der Ehe, aber wenn man zu dem Aeußersten zwingt, da sei er nicht dagegen, daß auch ein anderer, als ein geistlicher Mund eindringliche und beherzigenswerthe Worte spreche. (Großer Beifall.)

Und habe man in diesem Hause nicht täglich auch ein Beispiel, welche eindringliche Worte von weltlichen Rednern gesprochen werden können.

Schneider schließt unter stürmischem Beifall, daß er nach seiner vollen Ueberzeugung als Diener der Kirche für die Civilehe gesprochen habe und für dieselbe auch stimmen werde.

Gegen die Noth-Civilehe spricht Abgeordneter Peter Groß. Er wolle davon absehen, daß diese eventuelle Civilehe den eigentlichen Charakter der Civilehe selbst alterire, denn so wie hier im Art. 2 festgesetzt wurde, sei der Act der Civilehe von dem sacramentalen Acte der Ehe gar nicht getrennt. Redner wirft der vom Ausschusse beantragten Noth-Civilehe den Charakter der Halbheit vor und erklärt, daß dieselbe nur aus dem Grunde eingeführt wurde, um dem im Art. 1 angenommenen Civilgesetze Geltung zu verschaffen. Ich sage, ruft Redner aus, daß ein solches Mittel in einem organisirten Rechtsstaate unzulässig ist. Der Staat überläßt es hier der Selbsthilfe des Einzelnen, damit das Civilgesetz zur Anwendung kommen könne.

Dr. Hanisch verteidigt die Noth-Civilehe, ebenso unter Beifall der Referent Dr. Sturm.

Bei der Abstimmung wird Alinea 1 des Art. 2 mit 96 gegen 43 Stimmen angenommen. (Für dieselbe stimmt die Linke, ausgenommen Leonardi, ein großer Theil des Centrums, darunter Graf Dubsky, Graf Brinks, Baron London, Graf Dürckheim, Baron Koz, die Triestiner; von der Rechten Baron Petrino, Hornuzaki, Andriewicz, Simonowicz, Klun; von den Polen Landesberger, Ziemiakowski, Zajkowski, Sawczynski u. a.) Dagegen ein Theil des Centrums und der Rechten.)

Die §§ 8 bis 10 (nähere Bestimmungen der Noth-Civilehe) werden unverändert angenommen.

Zu § 11, lautend: „Es bleibt den Eheleuten, welche ihre Ehe vor der weltlichen Behörde abgeschlossen haben, unbenommen, nachträglich auch noch die kirchliche Einsegnung ihrer Ehe zu erwirken“, beantragt Abgeordneter Schneider nach den Worten „kirchliche Einsegnung ihrer Ehe“ einzuschalten: „von einem der Seelsorger jener Confession, welcher ein Theil der Eheleute angehört“.

Dieser Zusatz wird sich als praktisch bewähren für den Fall, daß irgend einer der Seelsorger die kirchliche Einsegnung verweigern sollte.

Der Antrag wird unterstützt.

Bei der Abstimmung wird der § 11 mit dem Zusatzantrage des Abgeordneten Schneider mit 70 gegen 61 Stimmen angenommen.

Der Art. 4, welcher lautet: „das gegenwärtige Gesetz tritt mit Ablauf von 3 Monaten nach geschehener Kundmachung in Wirksamkeit“, wird weggelassen.

Art. 5 handelt von der Uebergangsbestimmung und besteht aus mehreren Paragraphen.

Abgeordneter Dr. Mühlfeld wünscht, daß bei allen Paragraphen dieses Artikels nach den Worten: „Scheidung von Tisch und Bett“ auch das Wort „Trennung“ aufgenommen werde, was auch vom Hause beschlossen wird.

Bevor zur dritten Lesung geschritten wird, eröffnet

Präsident noch die Debatte über den ersten Antrag des confessionellen Ausschusses, welcher dahin geht: „Das Abgeordnetenhaus wolle den confessionellen Ausschuss ermächtigen, ein neues Ehegesetz unter Auf-

fassung der Eheschließung als bürgerlichen Actes und nach dem Grundsatz der Unabhängigkeit desselben von der kirchlichen Anordnung zu entwerfen."

Abgeordneter Zbyszewski erklärt sich gegen diesen Antrag. Es wird hier ein Princip aufgestellt. Nicht das Princip sei es, das er bekämpfen will, jedoch könne man demselben jetzt noch nicht beistimmen, da man die Möglichkeit der mehr oder minder grellen Durchführung dieses Princips heute zu beurtheilen noch nicht in der Lage sei.

Heute haben wir noch keine Vorlage, wie dies Princip durchgeführt werden wird, und wir können uns heute schon für dieses Princip nicht aussprechen.

Dr. Reckbauer und Dr. Sturm verteidigen den Antrag.

Conti stellt den Antrag, beide Principien gesondert zur Abstimmung zu bringen.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Satz: „Das Abgeordnetenhaus wolle den confessionellen Ausschuss ermächtigen, ein neues Ehegesetz unter Auffassung der Eheschließung als bürgerlichen Actes zu entwerfen“, wird mit großer Majorität angenommen.

Der zweite Satz, lautend: „Das Abgeordnetenhaus wolle den confessionellen Ausschuss ermächtigen, ein neues Ehegesetz nach dem Grundsatz der Unabhängigkeit desselben von kirchlichen Anordnungen zu entwerfen“, wird mit 70 gegen 55 Stimmen angenommen.

Dagegen die ganze Rechte mit Ausnahme der Abgeordneten Landesberger, Hornuzaki, Simonowicz und Alun. (Rufe: Gegenprobe!)

Abgeordneter Schindler: Es kann sich ja Niemand der Abstimmung enthalten haben!

Präsident: Das kommt wohl in diesem Hause nicht vor, da pflegt man hinauszugehen! (Heiterkeit.)

Die Gegenprobe wird vorgenommen. Bei derselben stimmt die ganze Rechte mit Ausnahme der früher genannten vier Abgeordneten, Theile des Centrums, so wie Minister Taaffe gegen diesen Absatz, im Ganzen 57 Stimmen.

Ueber Antrag des Berichterstatters wird hierauf das ganze Gesetz in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Präsident: Nächster Gegenstand der Tagesordnung. . . (Rufe: Schluß: Schluß!)

Abgeordneter Sawczynski beantragt Schluß der Sitzung.

Präsident bringt, bevor er über diesen Antrag abstimmen läßt, noch zur Kenntniß eine Zuschrift des Finanzministers, in welcher derselbe die Anzeige macht, daß er die vom obersten Rechnungshofe gegebenen Aufklärungen über einen unverzinslichen Vorschuß an den ungarischen Grundentlastungsfond mit 4,108,768 fl. 60 kr., in Bezug auf welchen der Berichterstatter in der 35. Sitzung des Hauses einige Bedenken erhoben hatte, an den Finanzausschuß habe gelangen lassen und glaube, daß diese Bedenken wohl durch die vorliegenden Aufklärungen behoben sein dürften.

Weiters Zuschriften des Präsidiums des Herrenhauses, womit die Gesetzentwürfe über das Wehrgesetz und theilweise Abänderungen der bisherigen Arten des Strafverfahrens und über die Strafnovelle nach der vom Herrenhause beschlossenen Fassung übersendet werden.

Oesterreich.

Wien, 23. October. (Das königl. ungarische Ministerium für Communicationen) hat für die den Eisenbahnbau in den Ländern der ungarischen Krone betreffenden Arbeiten eine königl. ungarische Eisenbahnbau-Direction mit dem Amtssitze in Pest errichtet und zum Vorstände derselben Herrn Achilles Thomann ernannt. Ein heute herabgelangter Erlaß des Justizministeriums verordnet, daß wegen Preßvergehen verurtheilte Personen nicht mit Verbrechern zusammen eingesperrt werden dürfen, daß sie ihrer gesellschaftlichen Stellung und Bildung gemäß zu behandeln sind und daß ihnen geistige Beschäftigung zu gestatten ist.

Ausland.

Berlin, 23. October. (Reichstagsitzung.) Der Staatsanzeiger. — Ueber Italien. — Die Begegnung des Königs Wilhelm mit Kaiser Franz Joseph I. Der Bundeshaushaltsetat für 1867 wurde ohne Discussion angenommen. Hierauf folgte die Berathung von Petitionen. Anlässlich einer Petition der Mecklenburger Judengemeinden wird beschloffen, den Bundeskanzler zu ersuchen, in der nächsten Session des Reichstages ein Gesetz betreffend die Aufhebung aller Beschränkungen bürgerlicher Rechte durch Confessionen vorzulegen. Anlässlich der Mecklenburger Petition auf Wiederherstellung der constitutionellen Landesverfassung, wird der Antrag der Commission abgelehnt, welcher die Petition der Berücksichtigung des Bundeskanzlers überwies. — Der „Staatsanzeiger“ erklärt anlässlich der durch die Haltung der Nordd. Allg. Ztg. in den schwebenden auswärtigen Fragen hervorgerufenen Mißverständnisse, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ keinerlei amtliche Inspirationen über die auswärtige Politik erhält, die Staatsregierung pflege nicht ihre Politik durch Zeitungsartikel zu verkünden. — Der „Staatsanzeiger“ erklärt ferner amtlich, daß

die italienische Regierung der preussischen Regierung niemals den Wunsch nach einer Zusage über Preussens Haltung in der römischen Angelegenheit direct oder indirect ausgedrückt habe. Ein solcher Wunsch hat also weder erfüllt, noch verweigert werden können. — Ein Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ über Italien schließt in folgender Weise: Wenn es wirklich gelingt, einen zeitweiligen Stillstand in die neuangeregte italienische Bewegung zu bringen, dann ist Aussicht vorhanden, daß die weiter erforderliche Regelung der italienischen Verhältnisse auf dem Wege der Verhandlungen ohne größere kriegerische Verwicklung erfolge. Es ist der Hoffnung Raum zu geben, daß die Festigkeit der italienischen Regierung, die Mäßigung Frankreichs und die freundlichen Wünsche und Rathschläge aller Mächte im Stande sein werden, neuen Verwicklungen vorzubeugen. — Die „Provinzial-Correspondenz“ bezeichnet die Begegnung des Königs von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich als ein erfreuliches Anzeichen erneuerter Annäherung.

Stuttgart, 23. October. (In der Abgeordnetenversammlung) wird unter Einwilligung der Regierung die Berathung über die Zollvereinsverträge bis zur nächsten Woche verschoben.

Karlsruhe, 23. October. (Die erste Kammer) genehmigte einstimmig den Zoll- und Handelsvertrag, den Vertrag über Erhebung der Salzabgabe, den Gesetzentwurf über die Zollparlamentswahlen und den Allianzvertrag mit Preußen.

München, 23. October. (Die Abgeordnete-Kammer) nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Wahl der Abgeordneten Baierns zum deutschen Zollparlament, mit allen gegen 14 Stimmen an.

— 23. October. (Reichsrathskammer.) Der Referent des Ausschusses, Freiherr v. Thüngen beantragt, dem Zollvereinsverträge die Zustimmung zu versagen. Morgen erfolgt hierüber die Berathung im Ausschusse.

Florenz, 23. October. (Das neue Ministerium) ist gebildet. General Cialdini hat das Präsidium, die Portefeuilles des Aeußeren und des Krieges übernommen. Weiters sind ernannt: General Durando für das Innere, Vigliani für Justiz, Correnti für öffentliche Arbeiten und Depretis für die Finanzen.

Paris, 23. October. (Die militär. Maßregeln. — Garibaldi.) Die „Patrie“ schreibt: Die Truppen werden provisorisch in Toulon campiren; die Corvette „Caton“ bleibt zur Beobachtung vor Civitavecchia. Man versichert, Garibaldi sei Montag in Florenz eingetroffen und habe daselbst mehrere Stunden verweilt. Er soll vor einigen Freunden Reden geführt haben, in welchen er die französische Regierung und den König Victor Emmanuel auf das Heftigste angriff.

Bukarest, 23. October. (Concordat.) In einer zahlreich besuchten Versammlung hiesiger österreichischer Unterthanen wurde eine Adresse an den Reichsrath um Aufhebung des Concordats unterzeichnet.

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser haben für die durch Hagelschlag beschädigten Gemeinden Strolowic und Swetnow eine Unterstützung von 3000 fl. allergnädigst zu bewilligen und überdies den beiden Gemeindeführern zu gleichen Theilen den Betrag von 100 fl. zu spenden geruht. — Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben für die durch Brand verunglückten Bewohner des Dorfes Bruck im Pinzgau 300 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

— (Der Landesausschuß von Kärnten) hatte bekanntlich in einer Eingabe an das Ministerium des Innern ddo. 14. September v. J. unter anderem auch darüber Beschwerde erhoben, daß der Ministerialerlaß vom 29. Juni 1865, welcher den Gebrauch der deutschen Unterrichtssprache an slovenischen Trivialschulen in Kärnten normirt, nicht vollständig ausgeführt werde. Man habe Beispiele — heißt es in jener Eingabe — daß in Schulen, deren Gemeinden die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in die oberen Classen erwirkt haben, nach wie vor die slovenische Unterrichtssprache beibehalten, und daß nur im Falle von Visitationen die deutsche Sprache gebraucht wurde, nicht ohne die durch Vernachlässigung des Unterrichtes in derselben herbeigeführte Unkenntniß der Schüler als ein Argument gegen die Einführung der deutschen Unterrichtssprache zu benützen. Auf diese Eingabe ist nun die ministerielle Entscheidung mittels Erlasses an die k. k. Landesbehörde in Kärnten ddo. 12. October 1867 bereits herab gelangt und heißt es in derselben u. a.: Das Ministerium für Cultus und Unterricht, welches den Grundsatz festhält, daß in Bezug auf die Lehrsprache an den Volksschulen zunächst die Wünsche der Gemeindevertretungen maßgebend sind, und darauf dringen muß, daß willkürliche Aenderungen an den diesbezüglich getroffenen Einrichtungen unter keinem Umstande geduldet werden, sieht sich veranlaßt, die k. k. Landesbehörde auf die obigen Angaben mit der Aufforderung aufmerksam zu machen, die genaue Befolgung der in der Sprachenfrage von ihr getroffenen Anordnungen in allen geeigneten Wegen — namentlich auch durch den Volksschulinspector und die unmittelbare Mitwirkung der Bezirksamter — mit aller Strenge zu überwachen, nach Erforderniß Schulbesuchsausschüssen, welche ihre Pflicht gegen die Schulkinder und Lehrer nicht erfüllen oder gar selbst der behördlichen Anordnung entgegenwirken, die landesbehördliche Befestigung sofort zu entziehen und einvernehmlich mit dem

Ordinariate vertrauenswerthe und pflichteifrige Männer an deren Stelle zu setzen, gegen ungehörige Lehrer aber mit den zu Gebote stehenden Disciplinarmitteln mit aller Entschiedenheit vorzugehen.

— (Die Leiche des Kaisers Maximilian.) Bezüglich der Auslieferung der Leiche des Kaisers Max wird den „Nar. L.“ aus Wien mit Zusicherung der „vollen Verantwortlichkeit“ geschrieben, die mexicanische Regierung habe der belgischen, die sich für die Auslieferung der Leiche verwendete, officiell die Antwort zugehen lassen, sie sei im Principe nicht gegen die Herausgabe der Ueberreste des Kaisers, sobald derjenige sie reclamiren würde, der das Recht dazu hat; als dieser sei aber nicht der Kaiser von Oesterreich, sondern die nähere Verwandte des Todten, seine Witwe, anzusehen. Auch aus politischen Gründen sei Oesterreich nicht berechtigt, für sich die Leiche in Anspruch zu nehmen, weil Erzherzog Max vor seiner Abreise nach Mexico sich seiner Rechte als Mitglied des kaiserlichen Hauses wie als österreichischer Staatsbürger begeben habe. Wenn aber die Kaiserin Charlotte oder im Falle ihrer Krankheit ihr Curatorium die Herausgabe der Leiche verlangen würde, so sei die mexicanische Regierung nicht nur bereit, sie auszuliefern, sondern wolle auch dafür sorgen, daß sie auf Kosten der Republik in feierlicher Weise, wie es der Stellung des Verstorbenen gebührt, an den Ort ihrer Bestimmung gebracht werde.

— (Die Medaillen der Pariser Ausstellung) werden den betreffenden Ausstellern erst an einem später zu bestimmenden Tage ausgetheilt werden, da nur erst die goldenen fertig, die silbernen noch in der Ausfertigung und die bronzenen noch gar nicht in Angriff genommen sind. Die Verzögerung erklärt sich dadurch, daß diesmal der Name eines jeden Prämiirten auf der Medaille durch Hochdruck ersichtlich gemacht wird.

Locales.

— (Photographisches.) Unter den photographischen Erzeugnissen unserer Stadt müssen wir die jüngst vom Atelier Rupnik im Hotel Elefant ausgestellten Porträts in Visitenkartenformat und größerem Bruststück als durch die gelungene Ausführung hervorragend bezeichnen. — In Herrn Funke's Atelier ist eine Ansicht von Laibach, von der Laternmansallee aus gesehen, erschienen, in welcher wir nur etwas zu viel Schatten finden. Wir wünschten wirklich einmal eine Ansicht von Laibach mit weniger Schattenseiten.

— (Hunde-Calamitäten.) Zum Schutze gegen die Hundswuth veröffentlicht heute im Amtsblatte der k. k. Stadtmagistrat eine Reihe sehr strenger Maßregeln. Die Hunde müssen durch 6 Wochen wiederum an der Leine geführt werden, und zwar nicht allein in der Stadt, sondern auch im Polizeirayon außer derselben; dann werden die einmal eingefangenen nicht mehr gegen Bezahlung einer Taxe herausgegeben, und endlich werden sowohl die Eigenthümer von Hunden als auch die Inhaber öffentlicher Locale dafür verantwortlich gemacht, daß Hunde in letztere nicht mitgebracht werden, eine Anordnung, die wir aus mancherlei Ursachen doppelt willkommen heißen. So streng diese Maßregeln, so viele Unannehmlichkeiten sie für Menschen und Thiere nothwendig im Gefolge haben müssen und bei aller erklärlicher Vorliebe für den Hund im allgemeinen, diesen Liebling unter unseren Hausthieren, können wir dieselben nur billigen und hoffen von einer unnachlässlichen Durchführung derselben die Erreichung des beabsichtigten Zweckes. Es heißt auch hier: „Besser bewahrt, als beklagt.“

— (Vacanz.) Beim Rechnungsdepartement des vereinten k. k. Oberlandesgerichtes in Graz kommt eine Rechnungsstellenstelle dritter Classe mit dem Gehalte von jährlich 500 fl. und dem Vorrückungsrechte zur Wiederbesetzung. Bewerber haben ihre jedenfalls mit dem Zeugnisse aus der Staaterechnungswissenschaft zu belegenden Gesuche bis 15. t. M. einzurichten.

— (Schlußverhandlung.) Die Redaction des „Grazers Tagesblatt“ schreibt: Gegen unser Blatt ist von dem Laibacher Bürgermeister Herrn Dr. Costa wegen eines ihn betreffenden Artikels eine Ehrenbeleidigungsklage bei dem hiesigen Strafgerichte anhängig gemacht worden, für welche am 22. d. die Schlußverhandlung stattfinden sollte. Dieselbe mußte jedoch vertagt werden, weil die Zustellung an die geklagten Parteien nicht rechtzeitig erfolgte. Eigenthümlicherweise richtete sich die Klage des Herrn Dr. Costa nicht gegen den verantwortlichen Redacteur des „Tagesblatt“, sondern gegen dessen Herausgeber und Drucker.

— (Theater.) Die Aufführung des „Robert“ war, wie wir gestern schon kurz erwähnt haben, im Ganzen eine recht gute. Fr. Skalla-Vorzaga debutirte als Isabella sehr glücklich und wurde von dem zahlreich anwesenden Publicum mit Applaus und mehrmaligen Hervorruf ausgezeichnet. Was die Stimme der Fr. Skalla anbelangt, so ist sie trefflich geschenkt und von wohlthuernder Klarheit; Triller und Passagen perlen mit vollendeter Rundung und Leichtigkeit hervor und gaben Zeugniß einer ausgezeichneten Coloratur, sowie wir auch dem Geschnade in gefanglicher Beziehung volles Lob ertheilen müssen. Was die Darstellungsweise betrifft, so können wir dieselbe gleichfalls nur lobend hervorheben, und somit können wir diese erste Leistung der Fr. Skalla-Vorzaga als eine sehr gute bezeichnen. Fr. Ander als Robert ist uns bereits auf das vortheilhafteste bekannt und bewährte sich wieder als Sänger und Schauspieler auf das trefflichste; er war ausgezeichnet disponirt und wurde von dem Publicum mit verdienten Beifallsbezeugungen überhäuft. Fr. Krolpp sang den Vertram ziemlich zufriedenstellend; was an ihm sehr zu wünschen wäre, das ist ein

125.75	126.--	Napoleonsd'or	9	98	9	98 1/2 "
85.50	86.50	Russ. Imperials	10	—	10	84 1/2 "
23.--	24.--	Preussenthaler	1	83	1	50 "
100.--	101.--	Silber	122	25	122	"
29.--	29.50	Krainische Grundentlastungs = Obligationen, Priz datotirung: 87 Geld, 93 Baart.				
21.25	22.25					